



Auswirkungen der Abbaupolitik auf die Menschen und Schulen

Von Sandra Strüby

Stagnierende Löhne und Lohndruck bei gleichzeitig steigenden Lebenshaltungskosten: Das ist die Lebenswirklichkeit für Arbeitnehmende mit niedrigen und mittleren Einkommen. Das Ergebnis: immer grössere wirtschaftliche Probleme. Auf der anderen Seite sieht es so aus: Die Spitzengehälter wachsen nicht nur unverhältnismässig, sondern sie werden steuerlich sogar stark entlastet durch Steuerabzüge, die sich nur Gutverdienende leisten können (Unterhaltskosten für Liegenschaften, Einkäufe in Pensionskassen etc.). Diese Ungerechtigkeiten sorgen in der Bevölkerung für verständlichen Unmut und gefährdenden sozialen Frieden. Für viele Familien ist das verfügbare Einkommen in den letzten 15 Jahren kleiner geworden ist. Schuld daran sind die um fast 20% höheren Mietkosten, vor allem aber die markante Mehrbelastung durch die Krankenkassenprämien, die um sagenhafte 110 % gestiegen sind. Demgegenüber beträgt der durchschnittliche Lohnzuwachs im Vergleich lediglich 14%. Mit ihrem Abbaukurs bei den Prämienverbilligungen hat die Baselbieter Regierung die Situation zusätzlich und drastisch verschlimmert. Anstatt seine Verantwortung für sozialverträgliche Gesundheitskosten wahrzunehmen, hat sich der Kanton auf Kosten der Versicherten bei den Prämienverbilligungen um einen Drittel entlastet, das heisst 2016 fast 20 Mio. Franken weniger bezahlt als 2010.

Wenn die Mieten steigen, die Kosten für die Krankenkassenprämien jährlich zunehmen und die Löhne stagnieren, wird es für viele Familien, vor allem für Alleinerziehende rasch einmal prekär. Die Folgen lassen sich in den Sozialhilfestatistiken ablesen. Die steigenden Sozialhilfekosten belasten dann vor allem wieder die Gemeinden. Der Armutsbericht des Kantons Baselland hat ergeben, dass 2012 fast 17'000 Menschen in unserem Kanton unterhalb des sozialen Existenzminimums leben müssen. Die Zahl dürfte seither noch angestiegen sein.

Vom rechtsbürgerlichen Abbaukurs wurden fast sämtliche Sektoren der kantonalen Aufgaben betroffen. Darunter hat der Service Public in vielen Bereichen gelitten, ganz direkt das Kantonspersonal. Im Blindflug wurde im Rahmen der Finanzstrategie 2016 – 2019 beschlossen, den Personalbestand ab 2017 um 200 Stellen und den Personalaufwand um 45 Mio. Franken pro Jahr zu reduzieren. Zusätzlich wurde ab 2016 eine generelle Lohnkürzung von 1% für alle Kantonsangestellten verordnet. Dazu kommt, dass seit dem Jahr 2009 kein Teuerungsausgleich mehr gewährt wurde.

In den kantonalen Schulen fehlt eine wirksame Altersentlastung und die Unterrichtsverpflichtung für Fachlehrerinnen und Fachlehrer wurde erhöht.

Neben verschiedenen andern Verschlechterungen der Arbeits- und Anstellungsbedingungen wirken sich die diversen Kostenverlagerungen und Einbussen bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse besonders belastend aus und verschlechtern zudem die Attraktivität des Arbeitgebers Kanton. Eine neue Sanierungsrunde ist derzeit in parlamentarischer Behandlung. Die SP kämpft gemeinsam mit den Arbeitnehmerorganisationen für das Minimalziel, dass die Renteneinbussen in Zukunft nicht höher als 18% ausfallen werden.

Mit seiner Personalpolitik verschlechtert der Kanton Basel-Landschaft die Dienstleistungsqualität im Service Public – insbesondere auch die Bildungsqualität – und gefährdet damit seine Attraktivität als Lebensraum und Wirtschaftsstandort.

Sandra Strüby
Landrätin, Buckten
Tel: 079 297 71 08
sandra.strueby@gmail.com